

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 28.04.2021

Öffentlicher Teil

TOP .. Corona-Situation in der Jugendhilfe

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach berichtet zur Corona-Situation in der Jugendhilfe.

In den Kindertageseinrichtungen sei man in Hagen bereits vor der Bundesnotbremse im eingeschränkten Pandemiebetrieb gewesen. Mittlerweile habe man ein Betreuungsverbot mit eingeschränkter Notbetreuung.

Er beschreibt die Auswirkungen dieser Maßnahme. Betreut würden Kinder, die vor der Einschulung stünden, Kinder, die aufgrund einer Schutzvereinbarung mit dem Jugendamt mit den Erziehungsberechtigten die Kita besuchen sollen, Härtefälle, die vom Jugendamt im Einzelfall genehmigt würden und daneben auch Kinder, die aus schwierigen Lebensverhältnissen kämen. Die Einrichtung schätze selbst ein, inwieweit sie einen Besuch der Kinder in der Kita für dringend erforderlich halte.

Die Eltern müssten ihren Betreuungsbedarf durch ein Formular jeweils für die laufende Woche erklären. Die Erklärung werde nicht hinterfragt, sondern akzeptiert.

In den letzten drei Tagen liege man bei einer Auslastung von 30 Prozent. Das sei jedoch nur ein Durchschnittswert, der nichts über die Auslastung einzelner Einrichtungen aussage. Man habe festgestellt, dass in den Stadtteilen, in denen man eine hohe Erwerbstätigkeit habe, die Inanspruchnahme der Kindergartenplätze höher sei.

Es gelte weiterhin die Reduzierung des Betreuungsumfangs gegenüber dem gebuchten Umfang um 10 Wochenstunden.

Im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes sehe man die Situation im Moment optimistisch. Wie auch im Kita-Bereich seien die Mitarbeiter des ASD durchweg geimpft. Die Meldungen von Kindeswohlgefährdung seien leicht ansteigend, aber nicht so überproportional, um daraus Rückschlüsse ziehen zu können.

Zum Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sei anzumerken, dass es sich zunehmend als problematisch erweise, dass den Jugendlichen Treffpunkte und Angebote fehlten. Die Angebote, die derzeit im Kinder- und Jugendbereich vorhanden seien, reichten bei weitem nicht aus. Von daher gebe es auch bundesweit die Diskussion, wie man, wenn die Pandemie sich abschwäche, einen Neustart gestalten könne, um den Zugang zu den jungen Menschen zu finden. Man müsse im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit die Angebote, die man Kindern und Jugendlichen machen könne, im Auge behalten. Er würde diesen Bereich gern mehr in den Fokus rücken.

Herr Reinke erklärt, dass ihm der zuletzt angesprochene Bereich auch sehr am Herzen liege. Er sei daher dankbar für die gemachten Ausführungen.

Frau Kaufmann berichtet in dem Zusammenhang, dass der Städtetag aller Länder jeweils die Initiative ergriffen habe, um die Situation von Kindern und Jugendlichen in ganz spezifischen wissenschaftlichen Studien zu erfassen. Diese Studien würden derzeit ausgewertet. Es gehe dabei speziell um Kinder von 0 bis 12 Jahren und die Frage, was die Pandemie mit den Kindern gemacht habe, u.a. beispielsweise um Bildungsdefizite, psychische Belastungen, Bewegungsmangel, fehlende Tagessstruktur. Dazu habe der Städtetag eine Skizze „Maßnahmen zur Bewältigung von Folgen des Lockdowns für Kinder, Jugendliche und Familien“ erarbeitet. Dieses Paket sei mit einer Summe von einer Milliarde Euro ausgestattet. Man erwarte in Hagen daher Unterstützung für alle angesprochenen Bereiche. Der Fokus liege natürlich dabei auf Kinder und Jugendlichen und deren Familien.

Der Bereich „Übergang Schule-Beruf“ fehle in dem Zusammenhang leider völlig. An diesem Thema halte man fest, da es sehr wichtig sei.

Sie wolle noch auf den Aspekt der Testungen in den Kindertageseinrichtungen eingehen. Die Möglichkeit der Selbsttestungen werde den Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Diese Tests würden zu Hause von den Familien sorgfältig und gewissenhaft durchgeführt.

Ganz anders sehe die Situation in der Schule aus. Das liege daran, dass laut Erlasslage die Tests in den Schulen zu machen seien. Die Durchführung dieser Tests sei ziemlich kompliziert.

Als Konsequenz sollten nun Grund- und Förderschulen mit den sogenannten „Lolli-Tests“ ausgestattet werden. Es handele sich dabei um einen PCR-Test. Die Kommunen seien nun gefordert, die erforderliche Infrastruktur aufzubauen. Nun laute die Forderung, dass alle Kinder von 0 bis 10 Jahren einen Anspruch auf die Lolli-Tests haben sollten. Man müsse jetzt entscheiden, ob man das wolle. Derzeit habe man noch keine Haltung dazu entwickelt. Bei den Schulen sei man allerdings als Schulträger dazu verpflichtet. Bis zum 30. Mai müsse man sich dazu äußern, ob man auch im Kita-Bereich mitmachen wolle.

Herr Reinke dankt für die gemachten Ausführungen.

Frau Buchholz führt aus, dass sie die Ausführungen von Frau Kaufmann aus ihrer Sicht als Kita-Träger ein wenig anders sehe. Es habe in dem Bereich viele Probleme mit den Tests gegeben. Sie beschreibt die Probleme, die es gegeben habe. Es laufe noch nicht reibungslos. Wie man es auch den Meldungen in der Presse habe entnehmen können, steige die Zahl der Infektionen bei Kindern seit Jahresbeginn kontinuierlich an. Die Sorge der Mitarbeiter/innen, sich anzustecken, sei daher groß. Nicht alle Mitarbeiter/innen hätten schon den kompletten Impfschutz erhalten.

Frau Kaufmann dankt Frau Buchholz für die Hinweise. Die Stellungnahme der Kommunen und des Städtetages sei dahingehend übereinstimmend, dass die beiden zuständigen Ministerien kein einheitliches Vorgehen vorgegeben hätten.

Herr Reinke weist darauf hin, dass man in Hagen hohe Inzidenzzahlen habe und daher stark betroffen sei. Man müsse daher durch Testen und Impfen versuchen, langsam von den hohen Zahlen herunter zu kommen.

Frau Graf fragt, inwieweit die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schulen in dem Bereich funktioniere. Da gebe es ja auch Schnittstellen.

Frau Kaufmann antwortet, dass die Schulen in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe aufgefordert seien, sich um die Kinder in schwierigen Lebenssituationen zu kümmern und aktiv auf diese zuzugehen. Sie stehe in regelmäßigem Austausch mit den Schulleitern. Es gebe eine gute Zusammenarbeit.

Herr Goldbach ergänzt, dass die entscheidenden Basics gewährleistet seien. Es gebe eine Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst im Bereich des Kinderschutzes, weiterhin einen intensiven Austausch mit dem Bereich der Schulsozialarbeit. Es gebe aber auch präventive Angebote, die nur leider im Moment nicht stattfinden könnten.